

ARKTIS: TAUWETTER MIT KONFLIKTPOTENTIAL

Das Abschmelzen des arktischen Eispanzers eröffnet neue Möglichkeiten: Die Rohstoffförderung wird erleichtert, zugleich werden Schiffrouten befahrbar. Die daraus resultierenden Begehrlichkeiten einer wachsenden Zahl nichtarktischer Akteure veranlassen die Anrainerstaaten dazu, untereinander verstärkt zu kooperieren. Konfliktpotential besteht vor allem dort, wo Hoheits- und Nutzungsrechte völkerrechtlich nicht eindeutig geklärt werden können. Die Gefahr einer militärischen Eskalation ist jedoch gering.



Eisbrecher der amerikanischen Küstenwache im Arktischen Ozean, 10. Juli 2011

REUTERS/NASA

Bis vor wenigen Jahren kam der Arktis nur wenig internationale Aufmerksamkeit zu. Dieses mit 21 Mio. Quadratkilometern riesige Gebiet zwischen Nordpol und Polarkreis war zwar während des Kalten Krieges für die Marinen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion von grosser Bedeutung, u.a. weil sie U-Boote unter dem dicken Eispanzer gut verstecken konnten. Überdies verlaufen die kürzesten Flugrouten für Interkontinentalraketen zwischen Nordamerika und dem russischen Kernland über den Nordpol. Weltpolitisch wie wirtschaftlich war die Arktis dennoch stets eine marginale Region, zumal sie aufgrund ihrer unwirtlichen natürlichen Bedingungen mit ca. 4 Mio. Menschen nur sehr spärlich besiedelt ist.

Das seit einiger Zeit stark wachsende Interesse an der Arktis lässt sich hauptsächlich auf den Klimawandel zurückführen. In der

Arktis gab es auch schon früher Phasen der Erwärmung und der Abkühlung, doch nun steigt ihre Oberflächentemperatur seit 45 Jahren kontinuierlich an. Seit Beginn der entsprechenden Messungen im Jahre 1979 wird beobachtet, dass das Meereis deutlich zurückgeht. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen. Neuere Projektionen sagen eisfreie Sommer für die 2030er Jahre voraus.

Obschon viele Probleme wie die andauernde Dunkelheit und extreme Kälte im Winter bestehen bleiben, werden mit dem Abschmelzen der Eismasse in der Arktis heute wirtschaftliche wie strategische Chancen verbunden. Der Fokus liegt dabei einerseits auf den Rohstoffvorräten der Arktis, andererseits auf den sich abzeichnenden kürzeren Routen für die Schifffahrt. Diese neuen Möglichkeiten wecken denn auch bei einer wachsenden Zahl von Staaten Begehrlichkeiten.

Das Drängen nichtarktischer Akteure in diese Region verstärkt dabei die Kooperationsanreize zwischen den arktischen Anrainerstaaten (Dänemark, Kanada, Norwegen, Russland, USA). Insbesondere die ungeklärte Territorialhoheit in manchen Gebieten bietet aber auch neuen Konfliktstoff. Mit dem Wandel der Arktis und deren wachsender internationaler Bedeutung stellen sich für die Anrainerstaaten zudem neue Herausforderungen der Landesverteidigung.

Öl und Gas: Potential und Hürden

Auf dem arktischen Festland lagern wahrscheinlich grosse Vorkommen mineralischer Rohstoffe. Das Hauptaugenmerk in den aktuellen Debatten kommt aber den Öl- und Gasvorkommen zu, da hierfür genauere Schätzungen vorliegen. Der geologische Dienst der USA kalkuliert, dass der Anteil der Arktis an den weltweit vermuteten unentdeckten konventionellen Ressourcen 13% für Erdöl und 30% für Erdgas beträgt. Diese Vorkommen dürften überwiegend (zu 84%) vor der Küste (*offshore*) liegen. 70% der arktischen Erdgasressourcen werden dabei dem russischen Hoheitsgebiet zugeschrieben, wo auch bereits grosse Felder gefunden wurden.

Noch liegen kaum Informationen über Gebiete vor, die sich ausserhalb der Ausschlusslichen Wirtschaftszone (AWZ) der Anrainer befinden. Die Wahrscheinlichkeit, dass ausserhalb dieser Zone von 200 Seemeilen vor der Küstenlinie grosse Öl- und Gasvorräte lagern, ist gemäss geologischen Daten aber sehr gering. Die meisten Vorkommen dürften daher innerhalb der bestehenden AWZ liegen. Dort verfügt der

jeweilige Küstenstaat über die ausschliesslichen Rechte zum Abbau der Rohstoffe.

Die Arktis bleibt trotz der klimatischen Veränderungen auf absehbare Zeit ein Gebiet hoher Förder- und Transportkosten und erheblicher Umweltrisiken. So hat die Erwärmung der Arktis zwar eine vergrösserte eisfreie Ozeanfläche im Sommer und eine verlängerte eisfreie Periode zur Folge. Gleichzeitig sorgen die Klimaveränderungen aber auch für häufigere Wetterextreme wie Stürme und für vermehrte Eisbergdrift. Die Öl- und Gasförderung im arktischen Ozean und der Abtransport der Rohstoffe sind daher auch in den küstennahen Gebieten nach wie vor sehr schwierig und stossen auf wirtschaftliche wie technologische Barrieren. Hinzu kommt, dass die vermehrte Gewinnung unkonventioneller Öl- und Gasvorkommen in gemässigten Breiten oftmals wirtschaftlich lukrativer ist (siehe Strategic Trends 2012 [☐](#)). Als Folge der derzeit niedrigen Gaspreise verzögert sich die Erschliessung bereits erkundeter arktischer Felder, wie etwa des Shtokman-Feldes oder der Gasvorkommen in der Beaufortsee. Dennoch dürfte die Rohstoffförderung in der Arktis mittel- und langfristig stark zunehmen.

Kürzere Handelswege

Im Fokus der Schifffahrtsinteressen stehen die in den Sommermonaten bereits eisfreien arktischen Transitrouten entlang der russischen respektive der nordamerikanischen Küsten. Dies gilt insbesondere für die Nordost-Passage durch die russische Arktis. Günstigere Meeresströmungen sorgen hier für eine dünnere Eisdecke. Diese Routen würden den Transportweg von Asien nach Europa um etwa ein Drittel verkürzen und eine Möglichkeit zur Umgehung von pirateriegeplagten Regionen bieten. Sollte die Eisdecke in den Sommermonaten tatsächlich ganz abschmelzen, so ist auch eine Route direkt über den Nordpol denkbar, die nochmals kürzer wäre und weniger komplexe Navigationsverhältnisse aufwiese.

Die neuen Routen sind nicht nur wirtschaftlich interessant, sondern besitzen auch das Potential, die maritimen strategischen Rahmenbedingungen grundlegend zu verändern: Einige traditionelle Meerengen (*chokepoints*) wie etwa die Strasse von Malakka oder der Suezkanal könnten an strategischer Bedeutung verlieren. Die Bedeutung der Beringstrasse würde hingegen steigen. Die Flexibilität der Marinen asiatisch-pazifischer und europäischer Staaten würde sich erhöhen.

Trotz dieser vielversprechenden Perspektiven sollte jedoch nicht übersehen werden, dass einer Nutzung der genannten Routen derzeit noch vielfältige Probleme entgegenstehen. Dazu gehören etwa fehlende Navigationshilfen oder die mangelhafte Küsteninfrastruktur sowie die geringe Vorhersehbarkeit von Eisdrift und Stürmen. Die damit verknüpften Planungsschwierigkeiten im Hinblick auf Routenwahl und Durchfahrtsdauer entsprechen nicht den Anforderungen der globalisierten Wirtschaft. Die Verbesserung der Infrastruktur und der Aufbau einer Flotte mit arktischen Fähigkeiten setzen zudem einen langen Zeithorizont, eine klare Abgrenzung nationaler und internationaler Rechtsräume sowie stabile nationale Rahmenbedingungen voraus.

Akteure: Zunehmende Heterogenität

Heute lassen sich drei verschiedene Gruppen von Staaten mit Interesse an der Arktis identifizieren: Erstens die bereits erwähnten fünf Anrainer des Arktischen Ozeans; zweitens die acht arktischen Staaten mit Gebieten innerhalb des Polarkreises, die aus den Anrainern plus Finnland, Island und Schweden bestehen; sowie drittens eine heterogene Gruppe von nichtarktischen Staaten wie China, Indien, Südkorea und einer Reihe europäischer Länder, die in den vergangenen Jahren verschiedene Interessen an Rohstoffen, Schiffrouten und arktischer Infrastruktur geltend gemacht haben.

Von den fünf Anrainern messen der Arktis vor allem Russland und Norwegen strategische Bedeutung zu. Moskau sieht die Arktis nicht nur unter energiepolitischen, sondern auch unter geopolitischen Gesichtspunkten. Aus dem Arktischen Ozean heraus besteht der beste Zugang zu Atlantik und Pazifik. Sollte die Eisdecke der Arktis als natürliche Barriere an Bedeutung verlieren, würde dies Moskaus maritime Ambitionen enorm beflügeln. Daher kann es nicht überraschen, dass Russland im Klimawandel auch Vorteile sieht. Die arktischen Ambitionen Russlands werden jedoch durch Rechtsunsicherheiten, geringe Verwaltungskapazitäten und fehlende Technologien (bei gleichzeitig geringem Kooperationswillen) behindert.

Für Norwegens Sicherheit ist die massive russische Militärpräsenz in der Arktis, darunter auch an der norwegischen Nordostgrenze, bedeutsam. Oslo reagiert darauf mit einer Mischung aus eigener militärischer Abschreckung, NATO-Bündnispolitik und Kooperationsangeboten an Moskau.



Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang, dass sich ein Drittel des norwegischen Territoriums nördlich des Polarkreises befindet, wo immerhin knapp 10% der norwegischen Bevölkerung leben. Wirtschaftlich stehen für Norwegen die arktischen Rohstoffe im Vordergrund. Oslo befindet sich hier in der komfortablen Situation, Technologien zur Offshore-Förderung zu besitzen.

Im Fall Kanadas stellt der Wandel der Arktis eine grosse Herausforderung dar. Die arktischen Territorien des Landes sind bisher kaum besiedelt und dementsprechend wenig entwickelt. Nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftskrise sind Kanadas Pläne zur Förderung seiner arktischen Region noch kaum umgesetzt worden. Für Dänemark wiederum sind arktische Probleme vor allem durch das Verhältnis zu Grönland geprägt, das zwar zum Königreich gehört, aber weitgehende Autonomierechte besitzt und in Zukunft möglicherweise die Unabhängigkeit anstrebt. Dänemark versucht daher durch eine erhöhte aussenpolitische Aktivität in der Arktis den Wert der Zugehörigkeit Grönlands zum Königreich zu verdeutlichen. In den USA ist zwar ein Interesse an der Arktis erwacht, insbesondere bei den Ölkonzernen. Auch die möglichen neuen arktischen Schiffrouten stehen in Washington auf der Agenda. Ein wirklich strategisches Interesse ist damit bislang aber nicht verbunden.

Die anderen arktischen Staaten, also Finnland, Island und Schweden, können die Entwicklungen nicht in gleichem Masse wie die Anrainer des arktischen Ozeans beeinflussen. Sie zeigen aber grosses Interesse an den politischen Prozessen der Region und an deren Multilateralisierung. Dementsprechend betonen sie vor allem neue, «weiche» Sicherheitsrisiken, wie zunehmende Umweltgefahren, und heben diesbezüglich die Vorteile internationaler Kooperation hervor.

Mit Blick auf die neuen Chancen der Arktis sind auch immer mehr nichtarktische Staaten darum bemüht, in der Region Präsenz zu zeigen. So haben in den vergangenen zehn Jahren China, Indien und Südkorea auf Spitzbergen Forschungsstationen eröffnet, wovon sie sich ein erhöhtes Mitspracherecht in arktischen Belangen erhoffen. Südkorea verfügt bereits über einen modernen Eisbrecher, während China noch an einem solchen baut. Peking betont dabei den Zugang zu Rohstoffen als wichtige Determinante. Indien dagegen macht eher wissenschaftliches Interesse geltend. Für Südkorea wiederum ist das Interesse der eigenen Schiffbauindustrie ausschlaggebend, die bereits viele europäische Spezialwerften kontrolliert und daher neue Geschäfte wittert. Um ihren Interessen Geltung zu verschaffen, betonen diese nichtarktischen Akteure die Relevanz multilateraler Regelungsstrukturen für die Arktis betreffende Probleme.

Kooperationsansätze

Vor dem Hintergrund des Wandels der Arktis wird diese Region in den sicherheitspolitischen Debatten bisweilen als potentielle künftige Konfliktregion benannt. Allerdings sind zunächst einmal die strukturell naheliegenden Kooperationsmöglichkeiten zu betonen. Solche bieten sich insbesondere bei der Bearbeitung «weicher» Sicherheitsrisiken an, etwa bezüglich Umweltverschmutzung durch Rohstoffgewinnung. Auch betreffend Risiken, die sich aus der besonderen klimatischen Situation für Menschen ergeben, drängt sich eine Zusammenarbeit auf. Viele dieser Themen werden vom 1996 gegründeten Arktischen Rat abgedeckt. Der Arktische Rat dient der Koordination zwischen den acht arktischen Staaten. Die Vertreter der indigenen Bevölkerungsgruppen haben eine beratende Stimme. Der Rat hat sich zu einem wichtigen Diskussionsforum entwickelt. Konkret gelang eine bindende Vereinbarung im Bereich der Notfallrettung. Für 2013 wird eine Vereinbarung über Standards bezüglich Ölförderung und Krisenreaktionsmassnahmen erwartet.

Eine Kooperation zwischen arktischen Anrainern findet auch im sensitiven Bereich der nationalen Hoheitsrechte statt. Die 2010 erzielte Einigung über einen Grenzvertrag zwischen Russland und Norwegen zeigt, dass bilaterale Kompromisse möglich sind – wobei sich die Machtasymmetrie zwischen diesen Staaten in einem für Russland vorteilhaften Abkommen widerspiegelt. Darüber hinaus sorgen das internationale Seerecht und der Druck von Drittstaaten vor allem dort für multilaterale Kooperation zwischen den Anrainern, wo alle Parteien noch Hoheitsrechte hinzugewinnen können. Das Seerechtsübereinkommen (SRÜ) erlaubt die polwärtsige Erweiterung des Festlandssockels, was die Schürfrechte der Anrainer (auf Kosten der Interessen der nichtarktischen Staaten) erweitern würde. Das Wasser und die darin lebenden Tiere besässen hingegen weiterhin internationalen Status. In der 2008 verabschiedeten Ilulissat-Deklaration bringen die Anrainer ihren Willen zum Ausdruck, mögliche Territorialkonflikte im Rahmen des SRÜ zu lösen. Damit haben auch die USA, die das SRÜ nicht ratifiziert haben, ihre Bereitschaft zur Einhaltung dieses Rechtsrahmens in der Arktis signalisiert. Die arktischen Anrainer arbeiten zudem seit Langem bei der Erforschung des Meeresbodens zusammen. Sofern es nicht zu grösseren Konflikten zwischen den Anrainern kommt, werden sich die nichtarktischen Akteure hier kaum durchsetzen können.

Konfliktpotential

Eine wichtige ungelöste Frage in der Arktis betrifft den Umfang der Hoheitsrechte im Gebiet um den Archipel Spitzbergen. Einerseits sind der Archipel und die vermutlich öl- und gasreiche umliegende 200-See-meilen-Zone unbestrittener Teil Norwegens. Andererseits ist die norwegische Souveränität auf dem Archipel durch den Spitzbergen-Vertrag von 1920 erheblich eingeschränkt. Allen 40 Unterzeichnerstaaten wird das Recht eingeräumt, Ressourcen aus-

zubeuten und zu forschen. Der Archipel darf auch nicht für offensive militärische Zwecke verwendet werden. Ebenfalls ist das Recht zur Steuererhebung auf die Bedürfnisse der Administration von Spitzbergen beschränkt. Das Seerecht entwickelte erst später eine Ausdehnung der AWZ auf 200 Seemeilen. So bleibt ungeklärt, ob der Spitzbergen-Vertrag sich auf dieses Gebiet erstreckt. Staaten wie Russland, Island oder Grossbritannien gehen davon aus, dass dies der Fall ist. Norwegen vertritt die gegenteilige Position. Oslo hat bisher dennoch keine vollständige AWZ, sondern nur eine Fischereischutzzone errichtet, die auch Russland, Island und anderen Nationen Fischereirechte einräumt. Sie wurde von diesen Staaten nie explizit anerkannt, aber faktisch meist akzeptiert.

Der Modus vivendi war bisher stabil, da auch Russland ein Interesse an dessen Wahrung hat. Die norwegische Fischereischutzzone privilegiert nämlich russische Fischereiereisen gegenüber denjenigen anderer Unterzeichnerstaaten. Auch besitzt Russland genügend Öl- und Gasressourcen auf eigenem Territorium. Norwegen hätte indes mittelfristig ein starkes Interesse an einer Öffnung des Gebiets zur Öl- und Gaserkundung. Eine solche Öffnung würde jedoch das gegenwärtig fragile Gleichgewicht unterminieren und wohl andere Unterzeichnerstaaten zur offenen Thematisierung der Vertragsgeltung bewegen. Selbst wenn Norwegen nichts täte, könnten andere Staaten versuchen, unter Berufung auf den Vertrag auf eine Öffnung des Gebiets für die Erkundung zu dringen. Aufgrund der Vielfalt der beteiligten Akteure und fehlender völkerrechtlicher Regeln kann das Problem letztlich nur politisch gelöst werden.

Interessenunterschiede bestehen weiter bezüglich der Hoheit über die neuen Seerouten. Hier sind sich die arktischen Staaten ebenfalls nicht einig über den Rechtsstatus: Russland und Kanada, entlang deren Küsten

Die Schweiz und die Arktis

- Die Schweiz ist Mitgliedstaat des Spitzbergen-Vertrags aus dem Jahre 1920.
- Mit ihren 41 Handelsschiffen ist auch die Schweiz an den arktischen Schiffrouten interessiert. Auf der Grundlage des UNO-Seerechtsübereinkommens tritt sie für die freie Schifffahrt über die Nordost- und die Nordwestpassage ein, sobald diese schiffbar werden. Ökologisch bedingte Restriktionen wären diskriminierungsfrei umzusetzen.
- Die Schweizer Maschinenindustrie stellt Präzisionsinstrumente her, welche für die Exploration und zukünftige Nutzung von Meeresbodenressourcen in der Arktis eingesetzt werden können.
- Eine Beurteilung des Konfliktpotentials in der Arktis im Rahmen des nächsten Sicherheitspolitischen Berichts scheint prüfungswert.
- Eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Arktis drängt sich auch im Rahmen der internationalen Umweltschutzpolitik der Schweiz auf.

die Routen hauptsächlich führen, weisen die Routen in einer sehr weiten Auslegung des SRÜ als interne Gewässer aus. Dies impliziert, dass Schiffe fremder Flaggen eine Genehmigung zur Durchfahrt einholen müssen. Andere arktische Anrainer wie die USA und nichtarktische Akteure wie die EU und wohl auch China sind jedoch der Meinung, es handle sich um internationale Wasserwege, für die keine Genehmigung zur Durchfahrt erforderlich sei. Mit einer Eskalation dieses Konflikts ist vorderhand nicht zu rechnen, da die Routen für die kommerzielle Schifffahrt mit anderen nichtarktischen Seerouten im Wettbewerb stehen und die Nutzung dieser Routen mit dem Grad der Öffnung und der Stabilität der Regulierung korrelieren wird. Um Investitionen in die fehlende Infrastruktur anzuziehen, sind Russland und Kanada zudem auf eine Kooperation mit ausländischen nichtstaatlichen und staatlichen Akteuren angewiesen.

Defensive und offensive militärische Fähigkeiten

Nach der Abrüstung in den 1990er Jahren werden in der Arktis inzwischen wieder neue militärische Fähigkeiten aufgebaut. Diese sind vielerorts defensiv ausgerichtet und auf die verstärkten Aktivitäten zur Rohstoffgewinnung und die neuen «weichen» Sicherheitsrisiken zurückzuführen. So haben oftmals nur das Militär oder die Küstenwache die Fähigkeit, unter arktischen Bedingungen zu operieren. Mit den neuen Möglichkeiten in der Region geht zudem ein wachsendes Bewusstsein für fehlende, vor der Änderung der klimatischen Bedingungen schlicht nicht notwendige Fähigkeiten zur Überwachung des Territoriums und Durchsetzung der Hoheitsrechte einher. Die Ausstattung mit polizeilichen und militärischen Fähigkeiten soll aus der Sicht von Staaten wie Dänemark oder Kanada verhindern, dass der Eindruck eines mangelnden nationalen Interesses an der Region aufkommt.

Allerdings ist die Arktis auch Schauplatz von Aufrüstung, die weniger auf die beschriebenen Wandlungsprozesse als auf globale Ambitionen zurückzuführen ist. Da der Arktische Ozean Russland den besten Zugang zu den Weltmeeren bietet, sind bereits zwei Drittel der russischen Marine in der Arktis stationiert. Statt eines Ausbaus der Grenzschutzkapazitäten liegt der Fokus in Moskau eindeutig auf der Modernisierung offensiver Fähigkeiten zur Machtprojektion. Russland hat zudem die während des Kalten Krieges durchgeführ-

ten Patrouillenflüge über der Arktis und U-Boot-Patrouillen wieder aufgenommen, wenn auch mit einer niedrigeren Frequenz. Dies widerspiegelt eine nach wie vor an traditionellen Mustern orientierte russische Bedrohungswahrnehmung.

Die Arktis ist heute von partieller Kooperation, Wettbewerb und Interessenkonflikten gekennzeichnet. Dabei verstärkt die wachsende Präsenz nichtarktischer Akteure die Kooperationsbereitschaft der Anrainer. Der Ausbruch offener Konflikte erscheint auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich, kann aber auch nicht ausgeschlossen werden. Sollten Konflikte auftreten, so werden diese wohl räumlich und zeitlich eng begrenzt sein und auf die Durchsetzung völkerrechtlicher Interpretationen bezüglich der Hoheit und Nutzung von Territorien

und Seerouten zielen. Da alle international politisch bedeutsamen Akteure involviert sind, ist die Arktis aber auch Schauplatz der allgemeinen geostrategischen Konfliktfelder. Inwieweit das Tauwetter in der Arktis Konflikt oder Annäherung und Kooperation bedeutet, hängt daher auch von der Ausgestaltung der zukünftigen Weltordnung und den Beziehungen zwischen den verschiedenen Machtzentren ab.

Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte für diese Analyse:
Jonas Grätz
jonas.graetz@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

Bisher erschienen

- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladin
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme